

# Solidarität



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 12 • 36. Jahrgang

Berlin, den 22. März 1930

### Die Änderungen zum neuen Reichstarif

Durch die Gegenüberstellung der beiderseitigen Anträge zu den Tarifverhandlungen in Nr. 10 der „Solidarität“ sind die Mitglieder unterrichtet, mit welchen „bescheidenen“ Wünschen sich die Unternehmer getragen haben. Ihre Hoffnungen sind zu Wasser geworden, obwohl die Vertreter auf der Gegenseite sich reibliche Mühe gegeben haben, ihre Anträge zu verwirklichen. Daraus geht aber auch hervor, daß unsere Beauftragten zu den Verhandlungen keinen leichten Stand hatten. Gewiß, die Beratungen währten nur drei Tage, sie hatten es aber in sich; man darf übrigens nie bei solchen Verhandlungen den Maßstab des Achttundentages anlegen.

Für den erfahrenen Verhandler war es von vornherein klar, daß eine Einigung unter den Parteien bei den weit auseinanderliegenden Anträgen nicht möglich sein würde. Jede Seite begründete eingehend ihre Anträge und diskutierte bis in die späten Abendstunden, die Unternehmer machten nicht das geringste Zugeständnis. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, würden Tausende von Hilfsarbeitern vom Reichstarif ausgeschlossen worden sein. Die Packer, Schnürer, Einstecker in Zeitungsbetrieben, eine alte Berufsgruppe unter dem Hilfspersonal, über die es bisher überhaupt keinen Streit gab, wollten sie durchaus aus dem Tarif heraus haben. Die Heraushebung der Altersgrenze bei dem anderen Hilfspersonal, die von ihnen beantragte neue Lohnregelung, Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen, Ausdehnung eines zehnjährigen Abschlags auch auf größere Orte waren u. a. weiter das Ziel ihrer Wünsche, von dem sie auf keinen Fall abgehen wollten und das sie hartnäckig, wie Unternehmer bei Verhandlungen sind, mit vielen Worten und Beweismitteln vertraten.

Vor dem Zentralschlichtungsamt, das nach ergebnisloser Verhandlung am zweiten Tage zusammenzutreten mußte, daselbe Bild, bis endlich am Spätabend des dritten Tages die Entscheidung fiel, der beide Parteien beitraten und die sie zur Vereinbarung machten. Wie das Verhandlungsergebnis gewürdigt werden kann und muß, sagt uns Verbandsvorstand und Verbandsbeirat in der Bekanntmachung (Nr. 11 der „Solidarität“). Sie ist Meinungsäußerung und Beschluß einer Konferenz von Vorstand, Beirat und Gauleitern, auf der das Resultat kritisch besprochen wurde.

Wir wollen uns vorerst die Änderungen für den neu abgeschlossenen Reichstarif ansehen und dann zusammenfassend etwas zu dem Gesamtergebnis sagen. Dabei schließen wir die aus dem Gehilfentarif sinngemäß übernommenen Bestimmungen gleich ein, die auch für den Reichstarif nach der Vereinbarung vom 8. März Geltung haben.

Über die Streichung der Worte im § 1 „soweit nicht andere Tarife bindend sind“ bestand schon vor den Verhandlungen bei den Parteien Einverständnis, um falschen Auslegungen über den Geltungsbereich des Reichstarifs auch auf Buchdruckerabteilungen anderer Unternehmungen zu begegnen. Der bisherige Zustand war unhaltbar geworden, nachdem sogar gewisse Vertreter anderer Industrien und Gewerbe herausgeklagt hatten, unser Tarif gelte überhaupt nicht, wenn in einem z-belleibigen Betriebe, dem eine Druckerei angegliedert ist, ein Tarif abgeschlossen sei.

In dem zweiten Absatz desselben Paragraphen ist nun das Wort „überwiegend“ ersetzt worden durch die Worte „nach der Art ihrer Tätigkeit in der Hauptsache“. Der betreffende Absatz lautet jetzt:

„Unter den Begriff Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen im Sinne dieses Tarifvertrages fallen alle in technischen Betrieb der Buch- und Zeitungsdruckereien sowie Buchdruckerabteilungen nach der Art ihrer Tätigkeit in der Hauptsache beschäftigten Personen, welche die in diesen Betrieben ausgeübten Berufe nicht ordnungsgemäß erlernt haben und eine mindestens einjährige ununterbrochene Berufstätigkeit nachweisen können.“

Durch die neue Fassung dieses Absatzes ist klarer bestimmt, wer als Hilfsarbeiter unter den Reichstarif fällt. Kluge Unternehmer, die sich beim Hilfsarbeiter um den Tariflohn drücken wollten, hatten nämlich herausgestellt, daß ein „überwiegend“ beschäftigter Hilfsarbeiter bei achttündiger Arbeitszeit mindestens vier Stunden eine Minute mit technischen Arbeiten als Anlegerin, Abzieher, Rotationsarbeiter usw. beschäftigt sein muß, sonst käme für ihn eine tarifliche Bezahlung nicht in Betracht. Die neue Fassung gibt nach der Kommentierung durch den unparteiischen Vorsitzenden im Zentralschlichtungsamt für diese Auslegungsfälle keine Handhabe mehr. Hilfsarbeiter ist im Sinne des Reichstarifs, wer in der Hauptsache z. B. als Rotationsarbeiter, Anleger oder ähnlich beschäftigt ist, eine Verteilung nach der Zeit kommt dabei nicht mehr in Frage.

Zum § 1 ist auch eine Protokollerklärung wichtig, die als Ergänzung des Tarifvertrages gilt und folgenden Wortlaut hat:

„Bei den Zeitungsarbeiten bleibt es bei den augenblicklichen betrieblichen Verhältnissen.

„Boten, Laufburschen, Einholer, Reinemachefrauen und ähnliches Personal gehören nicht unter diesen Tarif.“

„Damit ist der Streit über die Packer beigelegt, weitere Klagen der Unternehmer, die Zeitungsarbeiter vom Tarif auszuschließen, sind unmöglich gemacht worden; es bleibt bei den augenblicklichen betrieblichen Verhältnissen, d. h. der Zustand bei Abschluß des Vertrages ist Tarifgesetz. Der zweite Absatz der Protokollerklärung gibt eine negative Begriffsbestimmung, er sagt, wer nicht als Hilfsarbeiter im Sinne des Reichstarifs gilt.“

Die Änderung im § 2 Ziffer 9 bezieht sich auf die Einholung der Erlaubnis zum Fernbleiben von der Arbeit. Nach der alten Fassung mußte der Hilfsarbeiter bei plötzlicher Erkrankung, bei einem Vorkommnis in der Familie und ähnlichem den Prinzipal spätestens vier Stunden nach Arbeitsbeginn benachrichtigen, jetzt muß die Benachrichtigung spätestens innerhalb der Arbeitszeit des betreffenden Tages erfolgen. Also eine Verbesserung gegen den früheren Zustand.

Der am meisten umstrittene § 4 ist trotz der sehr weitgehenden Verschlechterungsanträge der Unternehmer unverändert geblieben, gelungen ist es unseren Vertretern jedoch, die Entlohnung für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen festzusetzen, die sonst der freien örtlichen Vereinbarung überlassen war. Eine Protokollerklärung bestimmt:

„Wer als jugendlicher Arbeiter oder Arbeiterin von 14 bis 16 Jahren nach bisherigem Abkommen höheren Lohn oder Urlaub erhält, darf infolge des Inkrafttretens dieses Tarifvertrages in dem gleichen Betriebe keinen Lohn- oder Urlaubsverlust erleiden.“

Damit sind den jugendlichen Arbeitern eventuell bessere Lohn- und Urlaubsverhältnisse sichergestellt.

Bei den Änderungen zum § 6, der von der Arbeit an Sonn- und Feiertagen handelt, interessiert zuerst die Bestimmung, nach der die regelmäßige Sonntagsarbeit in die tarifliche Wochenarbeitszeit einbezogen wird.

„Die Regelung der hierfür an Wochentagen ausfallenden Arbeitszeit sowie die Entlohnung der für diesen Ausfall benötigten Ersatzkräfte, soweit solche am Arbeitsmarkt vorhanden sind, bleibt der betrieblichen Vereinbarung überlassen.“

Diese neue Bestimmung ist bei den Buchdrucker-Verhandlungen gütliche gekommen und in den Reichstarif übernommen worden. Zweck und Bedeutung sind unverkennbar. Der „Korrespondent“ sagt dazu:

„Diese Abänderung der bisherigen tariflichen Bestimmungen über die regelmäßige Sonntagsarbeit bedeutet den Wegfall einer erheblichen Zahl bisheriger regelmäßiger Überstunden, und infolge der heftigen Reduzierung der Personale auf die äußerst notwendige Zahl von Arbeitskräften auch eine dementsprechende Einziehung arbeitsloser Kollegen in den Produktionsprozeß. Es muß

und wird eine ernste Aufgabe der Betriebsvertretungen sein, dafür zu sorgen, daß dieser Zweck der neuen Bestimmung auch wirklich erreicht wird.“

Eine neue Fassung hat der erste und zweite Satz vom § 8 (Überstunden) bekommen. Er ist dem Bestreben der Gewerkschaften entsprungen, Überstunden, wenn irgend möglich, zu vermeiden oder, wenn irgend angängig, Schichten einzulegen und Erwerbslosen Beschäftigung zu verschaffen. In einem Tarifvertrag kann darüber nur eine mehr oder weniger zwingende Bestimmung stehen, Gesetz wird sie erst, wenn sie im Betriebe sinngemäße Anwendung findet.

Der Urlaubsparagraph 10 hat sich verschiedene Änderungen gefallen lassen müssen. Die Einfügung in Ziffer 3 ist ebenfalls sinngemäß aus dem Buchdrucker-tarif übernommen und bestimmt, daß ein verkürzt arbeitender Hilfsarbeiter während seines Urlaubs nur den Lohn für die Zeit erhält, die er gearbeitet haben würde. Ein neuer Absatz in Ziffer 5 besagt, daß ein Hilfsarbeiter, der eine mindestens zehnjährige Berufstätigkeit nachweisen kann, nach einer Beschäftigung von neun Monaten im Betriebe im ersten Beschäftigungsjahr fünf Urlaubstage erhält. Die älteren Kollegen stehen sich danach bei Neueinstellungen etwas besser als jüngere Berufsgenossen, sie erhalten nach neun Monaten im ersten Jahr ihrer Beschäftigung einen Urlaubstag mehr als diese und behalten ihn auch, bis sie die Höchstgrenze erreicht haben. Für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren ist der Urlaub nach viermonatiger Beschäftigung auf drei Arbeitstage festgelegt worden. Dabei sei wieder auf die Protokollerklärung hingewiesen, nach der Verschlechterungen auch in bezug auf Urlaub nicht eintreten dürfen.

Eine wesentliche Verbesserung bedeutet die Neufassung der Ziffer 9. Erfolgt in der Zeit vom 15. April bis 15. Oktober die Entlassung, so ist dem Hilfsarbeiter, wenn er mindestens neun Monate im Betriebe gearbeitet hat, der ihm zustehende Urlaub zu bezahlen. Die alte Fassung sah nur eine volle Entschädigung vor, wenn die Entlassung vier Wochen vor dem festgesetzten Urlaubsbeginn erfolgte und der Entlassene mindestens ein Jahr im Betriebe tätig gewesen war. Sonst wurden nur ein bzw. zwei Urlaubstage bezahlt.

Über die Errechnung der Berufstätigkeit bestimmt eine Protokollerklärung, daß Krankheit und Arbeitslosigkeit, die im unmittelbaren Anschluß an ein Arbeitsverhältnis in einer Buch- oder Zeitungsdruckerei eintreten, als Berufstätigkeit mitgerechnet werden.

Der Tarifvertrag ist auf zwei Jahre abgeschlossen worden, er läuft vom 1. April 1930 bis 31. März 1932. Die Kündigungsfristen sind dieselben geblieben.

### Überstunden und Arbeitslosigkeit

Eine Verfügung des Preussischen Handelsministers

Die Arbeitslosenziffern bleiben ununterbrochen hoch. Trotzdem wird immer wieder die Beobachtung gemacht, daß Überstunden geleistet werden. Der Preussische Handelsminister hat in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht. Um zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beizutragen, sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten darauf hingewiesen werden, daß Ausnahmen von der gesetzlich vorgeschriebenen Normalarbeitszeit nur dann gewährt werden dürfen, wenn die erforderliche Mehrarbeit nicht durch Einstellung neuer Arbeitskräfte geleistet werden kann. Die behördliche Genehmigung für Überarbeit soll nur bei u n a b w e i s b a r e m B e d ü r f n i s, nach Fühlungnahme mit dem Arbeitsamt und nur für kurze Zeit bewilligt werden.

Diese Mahnung des Preussischen Handelsministers ist sicher zu begrüßen. Das Überstundenunwesen kann bei überhöhter Seite kaum wirksam bekämpft werden. Viel mehr ist es notwendig, daß die Arbeiter selbst mit aller Energie auf die Eindämmung dieses Krebsübels bedacht sind.

## Unhaltbare Zustände

Wohl fast jeder Arbeiter hat zu den betrieblichen Verhältnissen, denen er unterworfen ist, seine besondere Einstellung. Was der eine ablehnt oder gar verabscheut, betrachtet der andere als erträglich oder gar wünschenswert. Das gilt aber nur für verhältnismäßig nebensächliche Dinge. Denn trotz dieser unterschiedlichen Einstellung zu vielem, was im Betriebe erlebt und getan wird, bilden sich innerhalb der Betriebe und von Betrieb zu Betrieb einheitliche Auffassungen, Stimmungen und Willensrichtungen, die allmählich Massencharakter annehmen und nach bestimmten Zielen hindrängen. Die Ergebnisse in den Betrieben werden dann so allgemein und eindeutig empfunden, sie erzeugen so nachhaltige Eindrücke, daß dahinter die individuellen Unterschiede in ihrer Bedeutung und Auswirkung fast völlig zurücktreten.

Für die Gewerkschaften ist es geradezu lebensnotwendig, diese Stimmungen und Willensrichtungen zu beobachten, sie zu kennen und im Handeln entsprechend zu respektieren. Denn Gewerkschaften sind Träger des sozialen Willens der arbeitenden Massen. Ihrem ganzen Wesen nach ist es ihre Aufgabe, den sozialen Willen dieser Massen zu vereinen, zu lenken und in die Tat umzusetzen.

Was das graphische Gewerbe anbelangt, wird jeder aufmerksame Beobachter bestätigen müssen, daß das Verhältnis der Kollegenchaft zu den herrschenden betrieblichen Verhältnissen gegenwärtig unter gefährlichen, kaum noch tragbaren Spannungen leidet. Solche Dinge will man nicht — aus der Phantasie schöpfend — draußlos behaupten, aber es ist leider eine sehr reale Tatsache, die öffentlich ausgesprochen werden muß, daß gerade unter der ernsthaften, nachdenklichen Kollegenchaft eine maßlose Erbitterung gegen die gewerblichen Unternehmer und deren nähere Beauftragte im Wachstum begriffen ist.

Und es muß anerkannt werden, daß diese Erbitterung in jeder Beziehung gerechtfertigt ist. Die Kollegenchaft wird in ihrer wirtschaftlichen Existenz und in ihrem Selbstbewußtsein auf das schwerste bedroht und schikaniert. Man muß nachgerade den Eindruck gewinnen, daß die Unternehmer auf zentrale Anweisung hin den großangelegten Versuch unternehmen, den sozialen Schauptungs- und Widerstandswillen der Kollegenchaft planmäßig zu zermürben.

Die Kollegenchaft hat längst aus eigener Anschauung im Betriebe erfahren, daß die katastrophale Arbeitslosigkeit im Gewerbe zum größten Teil auf technische Umstellungen, und... rüchliche La... Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft zurückzuführen ist. Unzählige Beispiele lassen sich dafür anführen, daß bei gleichgebliebenen Auftragsbeständen massenhaft Kolleginnen und Kollegen entlassen worden sind. Tag für Tag beobachtet die Kollegenchaft, wie um höherer Profite willen die Betriebe entvölkert werden. Denn das steht wohl fest, daß kein Unternehmer leistungsfähigere Maschinen einführen würde, wenn er davon nicht ein Ansteigen seiner Profite erwartete. Eine Wirtschaft, in der die Rücksichtnahme auf das Schicksal der Arbeitnehmer nicht leere Phrase ist, würde wenigstens im möglichen Maße zu verhindern suchen, daß durch technische Fortschritte die arbeitswilligen Menschen um Lohn und Brot gebracht werden. Und diese Rücksichtnahme würde selbst vor dem Verzicht auf einen Teil des Profits nicht haltmachen.

Statt dessen wird der Prozeß vorgetriebener Maschinisierung selbst dort von rüchlichen Entlassungen begleitet, wo keine technische Neuerungen eingeführt werden. Dort zwingt man die Kollegenchaft mit den brutalsten Mitteln zu größeren Arbeitsleistungen, damit weitere Entlassungen möglich werden. Wer nicht mitmacht, hat den Fußsteinhelm in der Tasche. Wo formale Hindernisse bestehen, werden die vorgemerkten Kandidaten durch Kleinliche Schikanen, freche Antreibererei, Denunziationen, absichtliche Herabsetzung ihrer Arbeitsleistungen in quantitativer oder qualitativer Hinsicht entweder zum Nachgeben oder zu unkonventionellen Handlungen reif gemacht.

Ein großer Teil der Kollegenchaft muß sich zähneknirschend damit abfinden, daß für ihn nur noch „Aus-hilfsleistungen“ zu erlangen sind. Auf jeden noch so schwachen Auftragsrückgang reagieren die Unternehmer mit sofortigen Entlassungen. Um sich die dazu erforderliche Beweglichkeit im „Umgang mit Menschen“ zu verschaffen, hat man erst die Listen der Arbeitsämter aufgefüllt, um je nach den zartesten Schwankungen des Auftragsenganges den Bedarf wieder anzufordern und dann wieder abzustößen. Sorgfältig wird darauf geachtet, daß allerorts eine hinreichende Reserve an solchen Anhilfsarbeitern erhalten bleibt. In früheren Zeiten, wo hinreichend Arbeitsstellen offen standen, konnte man sich solche Methoden nicht erlauben. Da war man einfach gezwungen, seinen Stamm an Personal auch in ausgesprochen klauen Zeiten zu halten, wollte man nicht

in flotten Zeiten mit zweifelhaftem Erfolg nach neuem Personal Ausschau halten. Sonderbarerweise ist daran kein Betrieb zugrunde gegangen; heute ist die Existenz der Betriebe schon arg gefährdet, wenn auch nur eine Arbeitskraft Gelegenheit hat, einmal im Tage mehr als unbedingt notwendig die Toilette aufzusuchen.

In ungewöhnlich vielen Fällen mußte neuerdings auch wahrgenommen werden, daß ältere Kolleginnen und Kollegen, die jahrzehntlang in denselben Betrieben tätig waren, ohne falsche Scham entlassen wurden. Hier und dort wurde das damit begründet, daß es unsinnig wäre, abgearbeitete und vielfach bereits zum Beuge von Invalidenunterstützung berechnete Arbeitnehmer zu beschäftigen, während junge, unverbrauchte Kräfte keine Arbeit finden könnten. An sich könnte das schon richtig sein. Aber jeder Kollege und jede Kollegin weiß, daß die Vergründung solcher Entlassungen mit sozialen Argumenten im Munde der meisten Unternehmer sich nur als eine unangenehme Heuchelei ausnimmt, denn den Unternehmern kommt es in aller Regel nur auf die größere Ausnutzungsfähigkeit der unverbrauchten Kräfte an. Was aus den entlassenen alten Kolleginnen und Kollegen wird, wie sie mit ihren wenigen Zehnmarkscheinen im Monat leben können, erscheint ihnen im Interesse der „Wirtschaft“ als nebensächlich. Nur verhältnismäßig wenige Unternehmer bringen das lobenswerte soziale Verantwortungsgefühl auf, ihren ausgedienten alten Arbeitern und Arbeiterinnen den Lebensabend tatkräftig von Sorgen zu erleichtern.

In den Rahmen dieser unsozialen Methoden fügt sich das persönliche Verhalten vieler Unternehmer und ihrer näheren Beauftragten würdig ein. Die Kollegenchaft legt gar keinen Wert auf teufeliche, herablassende Gespräche oder großmütig spendierte Freizigarren. Nichts würde sich angesichts der herrschenden betrieblichen Verhältnisse lächerlicher und widersprüchlicher ausnehmen. Was aber die Kollegenchaft billigerweise verlangen darf, ist ein Verhalten, durch welches ihre Menschenwürde nicht verletzt wird, ein Verhalten, das die elementarste Achtung vor einer geistig fortgeschrittenen Arbeiterschaft nicht vernichten läßt. Statt dessen ist das Verhalten der Arbeiter und ihrer Getreuen geradezu gekennzeichnet durch provozierenden Hochmut und durch eine Dreistigkeit des Tones, die auch reservierte Naturen mit Empörung erfüllen muß. In dieser Hinsicht haben sich lebhafte so haarsträubende Vorkommnisse zugetragen, daß es durchaus nicht mehr ungenügend erscheint, weshalb hier und dort der einzige Weg zur Verrückung und Besserung nur noch in einer heftigen Bewegung des Schraubenschlüssels oder sonstiger harter Gegenstände gesehen wird.

Damit zusammenhängend muß auch festgestellt werden, daß immer mehr Unternehmer bestreben, für die Betriebe räte unsichtbar zu sein. Selbst in dringlichsten und wichtigsten Fällen werden untergeordnete Vertreter vorgeschoben, die auf alle Fragen und Vorschläge nur die stereotypen Formeln schwächen können: „Der Chef will das so“ oder „Da muß ich erst den Chef fragen“. In der Kollegenchaft wird es natürlich mit allgemeiner Erbitterung vermerkt, daß die Unternehmer es für überflüssig halten, den Repräsentanten der Belegschaften mit angemessener Achtung zu begegnen.

Diese Erscheinungen haben einen so großen Umfang und einen so hohen Grad von Schärfe angenommen, daß allerorts in der Kollegenchaft mit leidenschaftlicher Erregung davon gesprochen wird. Es ist bezeichnend für die psychologische Einsichtslosigkeit oder für den sozialen Ignorismus weiter Unternehmerkreise im Gewerbe, daß ihnen jedes Augenmaß für die verheerenden Auswirkungen der von ihnen angewendeten Menschenökonomie und Menschenbehandlung verlorengegangen ist.

Das gilt nicht nur für einzelne, sondern in weiterem Sinne für die Gesamtheit der gewerblichen Unternehmer. Wie mußte es angesichts der gekennzeichneten Zustände in den Betrieben und der gespannten sozialen Lage im Volke überhaupt auf die Kollegenchaft wirken, daß zu gleicher Zeit, wo die Gegenläge in den Betrieben allmählich explosiven Charakter angenommen haben, die Unternehmerorganisation mit einem tarifpolitischen Programm hervorgetreten ist, das in allen wesentlichen Arbeitsbedingungen geradezu herausfordernde Verschlechterungsabsichten offenbart. Zwar hat die Kollegenchaft die bestimmte Auffassung, daß die Unternehmer sich unter der bisherigen Regelung ganz wohl gefühlt haben, und daß man bei Abfassung des Programms vorwiegend an Kompensationsmöglichkeiten gedacht hat, aber es besteht doch wohl kein Zweifel darüber, daß die offenbarten Absichten mit den letzten Zielen der Unternehmer zu identifizieren sind.

Für die menschliche Seele gilt der physikalische Grundsatz, daß Druck Gegenruck erzeugt. Die Unternehmer urren grundtätig, wenn sie — mit dem Grundgedanken von der „konträren Reaktion“ liebäugelnd — darauf hoffen,

daß ihr Druck auf die Kollegenchaft Ausweichen und Verflümmung hervorzurufen wird. Mag auch in Einzelfällen das Gefühl einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber der Willkür der Betriebsgewaltigen, mag auch hier und dort Nachgiebigkeit und Resignation erzeugt worden sein, die Gesamtheit der Kollegenchaft ist gewerkschaftlich so stark organisiert und geschaft, um sich gleichen Neigungen irgendwie hinzugeben.

Im großen Becken der Organisationen fließt ihre glühende Erbitterung zusammen und erhärtet sich zu dem unbeugbaren Willen, zu ändern, was geändert werden muß. Die eindrucksvollen und demütigenden Ergebnisse in den Betrieben erschließen den Blick für gefahrgebräuhliche und tarifpolitische Erfordernisse, deren Verwirklichung mit zäher Beharrlichkeit angestrebt wird: Ausbau der Rechte des Betriebsrates, Erweiterung des Schutzes gegen Entlassungen, Verbesserung und Neuschaffung von Einstellungsrichtlinien.

Mit aller Sorgfalt, aber auch mit eifriger Energie müssen die Grenzen der Unternehmerwillkür enger gezogen werden. D. S.

## Der Kampf um eine Staubjauganlage

Der § 120a der Gewerbeordnung jagt folgendes: „Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Insbesondere ist für genügend Licht, ausreichenden Luftstrom und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betrieb entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.“

In wohl unerhörter Weise Unternehmer diese gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter auf jede nur erdenkliche Gelegenheit zu umgehen suchen, zeigt folgender besonders trauriger Fall, den wir unserer Kollegenchaft nicht vorenthalten wollen.

Die Firma „Graphische Werke“ in Dresden, eine größere Steinbruderei, unterhält auch eine Kartonagenabteilung. Beim Ausbrechen der aus den Stanzapparaten kommenden Faltschachteln entwickelt sich an den Arbeitsplätzen der Arbeitnehmer ein derartiger Staub, daß die Arbeitenden an der Maschine und in ihrer Umgebung dauernd mit einer Staubschicht bedeckt sind. Festgestellt ist, daß diese Staubeentwicklung mit der Zeit gesundheitsgefährlich wirken muß. Der Betriebsrat gab sich die erdenklichsten Mühe, bei der Geschäftsleitung eine Abhilfe zu schaffen, aber ohne jeden Erfolg.

Nun wurde im August 1928 die Hilfe des Gewerbeaufsichtsamtes in Anspruch genommen. Im September fand eine Besichtigung der Abteilung durch die Gewerbeaufsicht mit Vertretern der Berufsgenossenschaft statt. Die Firma wurde erlucht, zum Schutze der Arbeitnehmer eine Staubjauganlage einzubauen.

Im Januar 1929 fand eine Revision durch die Gewerbeaufsicht statt, und es wurde festgestellt, daß die Firma nicht daran gedacht hatte, die geforderte Anlage einzubauen. Im Mai wurde der Firma durch eine Zuschrift bedeutet, daß sie verpflichtet ist, den Anforderungen des Gewerbeaufsichtsamtes nachzukommen. Die Firma kam auch dieser Aufforderung nicht nach. Auf Veranlassung des Gewerbeaufsichtsamtes wurde die betreffende Abteilung durch den Stadtbezirksarzt im Juni 1929 aufs neue besichtigt. Auch diese Stelle teilte die Ansicht des Gewerbeaufsichtsamtes zur Verbringung einer Staubjauganlage. Jetzt erhielt die Firma eine polizeiliche Verfügung vom Gewerbeaufsichtsamte mit dem Erfolge, daß sie bei der Kreishauptmannschaft dagegen Einspruch erhob.

Inzwischen war der Oktober 1929 herangerückt. Wieder fand eine Besichtigung durch die Kreishauptmannschaft unter der Leitung eines Oberregierungs- und eines Obermedizinalrates statt. Dieselben Feststellungen wie bisher, die Anlage ist umgehend einzubauen. Auch diese Anordnung wurde nicht beachtet; es geschah nichts, und es scheint, daß alle Behörden zur Ohnmacht gegenüber diesem Arbeitgeber verurteilt sind.

Die Zeit geht seinen Gang. Wir stehen im Jahre 1930. Aus dem Schriftwechsel der Parteien ist ein ansehnliches Aktenbündel geworden. Jetzt soll der letzte Akt steigen, nach 1½ Jahren der größten Bemühungen und riesenhafte Gebuld von seiten der Behörden wird die Sache „Staubjauganlage“ in der Firma „Graphische Werke“ in Dresden das Wohlfahrtsministerium beschäftigen. Mit welchem Erfolge?

Ein kleiner Auschnitt aus dem Kampf der Behörden um den Arbeiterschutz gegen die Unternehmer. Wieviel tausend Fälle mag es noch geben, die nicht erfaßt werden können. Die Gewerkschaften sind eifrig bemüht, diese Zustände in den Betrieben zu beseitigen, aber oftmals fehlt leider die Unterstützung durch die Arbeiter selbst.

Leider fehlen den Gewerbeaufsichtsamtern die nötigen Vollmachten zu härteren Vorgehen, und damit ist der Weg offen für Arbeitgeber vom Schlafe des oben Geschilderten.

# Ich gehe zum Arzt

Von Magl.

Ich fühlte mich heute fürchterlich elend. Kopfschmerzen hatte ich, daß ich glaube, das Weltende wäre da. Im Rücken hatte ich ein Stechen, als würden 20 Stillette alle zwei Minuten mich durchbohren, so sehr juckte mich mein Fell. Auf der Brust hatte ich Krämpfe.

Da ich in der D. R. K. bin, wie man im Zeichen der Telephonischen Oststranckasse sagt, ging ich zu einem sehr vornehmen Arzt, der zwei Sprachzimmer hat. Eines für die Privatpatienten, das sind solche, die besonders große Rechnungen bekommen. In diesem Wartezimmer ist alles sehr vornehm eingerichtet. Berjerleppich (wie escht imittiert!) aus Dürren im Rheinland liegen auf dem Boden. Alte Ölgemälde zieren die Wand. Auch solche der neuesten Richtung, die aber alle verkehrt aufgehängt sind, was noch nie jemand bemerkt hat. Klüßel sind da. Die neuesten Modes- und Sportzeitschriften.

Wenn ich abgegriffen und schmutzig sind, dann kommen die Zeitschriften in das Wartezimmer für die D. R. K. Leute, was (siehe oben!) keine wilden Ostafrikaner und keine Menschenfresser sind, sondern Leute, die jede Woche oder jeden Monat als Beitrag für die Daten verschiedene Mark abgezogen bekommen und denen der Arzt nicht solche große Rechnungen schreiben kann wie den Leuten, die im Privatwartezimmer sitzen.

Da ich so klug bin und fürchterliche Schmerzen im Kopf, Rücken, Brust und Bauch hatte und auf dem linken Fuß hinfie und schnell daran kommen wollte, hatte ich meinen besten Sonntagsanzug wie nach Maß gearbeitet von der Stange herunter angezogen, meinen letzten sauberen Steh- und umlegbaren um den Hals geknüpft, bin zum Arzt gegangen, habe geklingelt und dem Mädchen, das mir öffnete, schnell und energisch gesagt: „Bitte... privat!“

Und richtig hat sie mich in das vornehme Privatwartezimmer geführt.

Beim Vorbeigehen an dem Orla-Leute wartete ich, daß wohl 40 Leute darin saßen. Einige hatten sich einen Spiritusloder mitgebracht, um sich ihr Mittagessen zu kochen. Sie saßen auch schon seit früh 8 Uhr da, und es war bereits nachmittags 4 Uhr. Also eine sehr berechtigte Maßnahme.

Sie mußten auch so lange warten, weil der Herr Doktor mehrere Male zu Privatpatienten gerufen wurde. So zu Frau Kommerzienrat Reser (der beste Kunde von Herrn Doktor!), die Migräne hatte. Von der Migräne der Frau Kommerzienrat hatte sich der Herr Doktor seinen 40-PS-Daimler kaufen können.

Da müßten die 40 Leute der Orla schon warten.

Im Privatzimmer war ich ganz allein. Ich wollte mich eben niederlegen, da kam schon der Doktor, machte eine tiefe Verbeugung, öffnete mir die Tür zu seinem Ordinationszimmer und fragte teilnahmsvoll, was mir fehle.

Ich sagte ihm und zeigte ihm jede Stelle, die mir wehte tat. Und er untersuchte mich so gründlich, daß das Klopfen und Ausforschen über eine Stunde dauerte. Mich dauerten nur die 40 armen Orla-Leute drüben im primitiven Wartezimmer.

Dann gab mir der Herr Doktor einen langen Zettel mit vielen Anzeigen, die ich in der Apotheke kaufen sollte, riet mir an, ja dieses Jahr zur Erholung nach Schweden ins Seebad zu gehen. Im Waldschloß wohne man glänzend. Nur 40 Mark würde es am Tag mit Pension kosten. Ich rechnete still für mich nach, ob das ginge bei 150 Mark monatlichem Einkommen.

Als ich mich wieder angezogen hatte, verlangte der Herr Doktor 50 Mark für die Untersuchung.

Ich zog meinen Schein von der Oststranckasse hervor.

Ich habe schon viele Leute in Wat gesehen. Ihr Gesicht wurde rot wie ein gekochter Krebs. Ihre Stimme überhörte sich, aber so was von Wat wie beim vorher so freundlichen Herrn Doktor habe ich noch nicht gesehen.

Erst glaubte ich, er bekomme einen Erstickungsanfall, und wollte schon einen anderen Doktor, einen Kollegen, zu Hilfe herbeizuschleppen. Er wollte nämlich mir etwas sagen, brachte aber kein Wort heraus. Ich diagnostizierte auf Lungenblutung, so sehr verzweifelte sich der liebe Herr Doktor. Ich wollte ihm, wie man es bei Kindern tut, die Keuchhusten haben, zu seiner Erleichterung auf den Rücken klopfen.

Da kam ich aber schon an.

Der vorher so lebenswürdige Herr Doktor bogte mir eine vor die Brust, daß ich gegen die Tür floh.

Dabei scheint es ihm wieder besser geworden zu sein. Er fand sogar die Sprache wieder. Und was für eine Sprache. So laut hat nie ein Caruso gesungen, wie der Herr Doktor brüllte. Es klang wie Wagner-Abend im Radio, in den 25 Mikrophonen dazwischenfunten.

„So eine Gemeinheit, so eine Hofkapelle ist mir noch nicht vorgekommen!“ schrie der Herr Doktor.

Und damit packte er mich und warf mich aus dem Ordinationszimmer hinaus.

Er rief mir noch nach:

„Orla-Leute in meinem Wartezimmer für die vornehmen Leute!“

Als ich über den Gang wollte und hinten, hatten die Orla-Leute das Wartezimmer geöffnet. Es waren mittlerweile nach meiner Schätzung 90 geworden, 40 fanden mindestens Spalier auf dem Gang, um mich Espiekruten laufen zu lassen.

Um mich von dem Schreck zu erholen, ging ich in ein gegenüberliegendes Kaffee.

Ich wollte sehen, wie lange der Herr Doktor zur Untersuchung der 90 Orla-Leute brauchte.

Es war gerade ein Viertel nach 5 Uhr nachmittags, da ich mir den Kaffee bestellte. Ich zog ein Blatt Papier heraus und machte jedes Mal einen Strich, wenn ein Orla-Mann oder eine Orla-Frau aus der Villa des Herrn Doktors auf die Straße trat.

Um 7 Uhr hatte ich 87 Untersuchungen konstatiert.

Ich war über diese rasche Abfertigung hocherfreut. Sie war mir Beweis dafür, wie gesund doch das arbeitende Volk sein muß, wenn ein Doktor so rasch 87 Johns- und Gehaltsempfänger, Orla-Leute, untersucht und Rezepte für sie heraus schreiben kann.

# Berjungungssturen in alter Zeit

Nachstehende interessante Ausführungen entnehmen wir der Zeitschrift „Urania“. Das Abonnement der „Urania“ können wir jedem empfehlen. Probehefte werden gern kostenlos von der Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena, geliefert.

Berjungung ist eines der Schlagworte unserer Zeit. Nie war die Sehnsucht, wieder jung zu werden, allgemeiner, niemals die Angst vor dem Altern so grenzenlos wie heutzutage. Dennoch wäre es falsch, zu glauben, daß der moderne Großstadtmensch dieses Problem erst in die Welt gebracht hat, daß vor den Tagen unserer großen Berjungungspötel Steinach und Boronoff die Berjungungsehe nicht ein unbestimmtes Phänomen gewesen wäre. Zu allen Zeiten hat man vielmehr versucht, die schwindende Jugend festzuhalten, resp. dem alternden Körper frische Lebensgeister einzuhängen.

Zwei Berjungungsmethoden waren es vornehmlich, die dem Altertum zu Gebote standen: die eine beruhte auf dem Glauben an die heilende und verjüngende Kraft der Frauenmilch. Der berühmte Arzt des Altertums, Galen, berichtet uns, daß die griechischen Ärzte die verjüngende Kraft der Frauenmilch wohl gekannt und in ihren Sprechstunden ausgiebigen Gebrauch davon gemacht und Erfolge damit erzielt hätten. Vom Herzog Alisa wird erzählt, er habe sich, als er alt wurde, von zwei Ammen nähren lassen, und auch Heinrich von Bourbon soll lediglich durch die gesundheitspendende Kraft der Ammenmilch mehrere Jahre am Leben erhalten worden sein. Auch der Bischof Bartholomäus von Casos, der nach einer schweren Krankheit seine Hoflager mehr vertru, verdankte sein Leben nur einer Indianerin, die ihm die Brust reichte.

Wiel verbreiteter und interessanter ist eine andere Berjungungsmethode, die schon zur Zeit Davids bekannt gewesen und zur Heilung und Berjungung des Königs versucht worden ist. Als der König David alt geworden war, hielten seine Ärzte Umhän nach einem schönen und unberührten Mädchen, das neben dem König schlafen und ihn wärmen konnte. Sie fanden Abijah, die Sunamitin, nach der diese nachmals so oft angewandte Berjungungsture benannt worden ist. Die Heilmethode beruhte auf dem uralten Glauben, daß die körperlichen Ausbildungseigenschaften junger Personen auf alt, besonders wenn es sich um verschiedene Geschlechter handelte, eine erfrischende, verjüngende und lebensverlängernde Wirkung ausübten.

Der Sunamitismus wurde zu einer förmlichen Wissenschaft, die von einem Arzt in Ninive zu Beginn des 18. Jahrhunderts zum Gegenstand einer gelehrten Abhandlung gemacht wurde, der der Preßburger Stadtarzt Dr. v. Samojlovi eine Reihe interessanter Beispiele entnimmt:

Die Akhetoren und Sophisten des griechischen Altertums, von denen viele das hundertste Lebensjahr erreicht haben sollen, profitierten angeblich von den Ausbildungen der Jünglinge, deren beständige Unterhaltung sie aufsuchten. Der Geist der Greise ging aus solcher Vereinigung gefräßt hervor, und sie verspürten an ihrem Leibe die verjüngende Wirkung des Jünglingsumganges.

Der Philosoph Bacon von Verulam, dem der Sunamitismus gut bekannt war, erblickt in den körperlichen Ausbildungen „Lebensgeister“, diese sollten besonders auf die Schullehrer eine heilende und verjüngende Wirkung ausüben, die ja im höchsten Maßhalt mit der Jugend lebten.

Dem Kaiser Barbarossa wurden die Rat seines Arztes in seinem Alter an die Hüften und den Magen beständig Kinder angelegt, und der alte Thomas Paar, der 150 Jahre alt geworden sein soll, heiratete mehrere junge Frauen, mit denen er nacheinander die Methode erfolgreich ausprobiert haben soll.

Besonders das Frankreich des 18. Jahrhunderts scheint unter dem Zeichen des Sunamitismus gestanden zu haben. Damals wurde diese Berjungungsmethode zu einem wahren Gewerbe. In Paris gab es um jene Zeit Kuppelinnen, die sich zu diesem Zweck zahlreich Mädchen bieten, die in der ersten Blüte der Jugend und kerngesund sein mußten. Die berühmteste Sunamitinnenhandlerin war Madame Janus“. Sie hielt mehr als 40 junge Mädchen aus den Vorstädten und der Provinz zur Verfügung ihrer Kunden.

Ihr Metier verstand Madame Janus vortrefflich. In einem abseits gelegenen Hause, jenseits der Boulevarde, wurden ihre Schülerinnen für ihren menschenfreundlichen Beruf ausgebildet. Sie bekamen gutes und gelundes Essen und mußten sich durch tägliche Bewegungen kräftigen. Madame nahm von den zur Berjungung benötigten Greisen einen Louisdor für die Nacht. Am ersten Abend der Berjungungsture war sie selbst anwesend; sie ließ den Greis nackt in ein aromatisches Bad steigen, worauf sie ihn massierte und abtrocknete. Dann legte sie ihn zu zwei Sunamitinnen ins Bett, deren Keuschheit er indessen nicht antasten durfte.“ — Beruhte doch hierauf in erster Linie die verjüngende Wirkung der Methode. U. S.

# Heiratslust und soziale Lage

Die Statistik hat ein Steigen der Heiratslust in Deutschland erwiesen. Da ist es lehrreich, zu wissen, in welchen sozialen Schichten die Heiratslust zeigt, oder ob ein Unterschied in den verschiedenen sozialen Schichten vorliegt nicht vorhanden ist. Wir finden von Regierungsrat Dr. Karl Wagner, Mitglied des Statistischen Reichsamts, in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ hierüber interessante Ausführungen.

Daß nach dem Fortfall der Wehrpflicht heute eine frühere Eheschließung möglich ist und auch stattfindet, ist begründet. Vielleicht auch, daß in den Jahren des Krieges und der Inflation, mit ihren für den Junggesellen besonders ungemessenen Begleiterrechnungen, eine ausgesprochene Zunahme der Heiratslust bei den älteren Junggesellen (über 40 Jahre) festzustellen ist. Aber wie wirkt sich die wirtschaftliche Lage nun vor allem auf die Eheschließungen aus?

Bei Betrachtung dieser Frage müssen wir unterscheiden zwischen der Heiratslust überhaupt und der Zeit der Eheschließung, und da steht fest, daß die wirtschaftliche Lage für die Zeit der Eheschließung außerordentlich bedeutungsvoll ist, während für die Zahl der Eheschließungen überhaupt vor allem der Altersaufbau der Bevölkerung in Betracht kommt.

Aus diesem Altersaufbau unseres Volkes heute hat sich nun ein starkes Ansteigen der Zahl der Eheschließungen ergeben, und Dr. Wagner ist der Ansicht, daß der Höchststand

der Eheschließungen mit über 600 000 Ehen für das Jahr etwa bis 1931 erreicht werden wird. Auf dieser Höhe wird die Heiratslust bis 1935 bestehen, um dann rasch abzusinken.

Aber dann ist für den Zeitpunkt der Eheschließung das wirtschaftliche Verhältnis von großer Bedeutung. Die Zahl der Heiratslustigen allein macht es nicht. Es ist in anderem Zusammenhang bereits festgestellt worden, daß bei älteren Menschen oft die Zeugungslust nicht mehr vorhanden ist. Auch ist ein bestimmtes Alter für einen gesunden Nachwuchs erwiesen. Aber da ist vielen Menschen heute die Ehe in diesem normalen Zeitalter nicht möglich.

Man hat diesen Einfluß, den die wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Eheschließungen ausüben, sogar für bestimmte Jahre, ja sogar für Vierteljahre festgestellt. Der wirtschaftliche Konjunkturverlauf entspricht der Kurve der Eheschließungen. Große Arbeitslosigkeit wirkt auf die Eheschließungen hemmend ein.

Aber auch wer durch langjährige Ausbildung zu seinem Beruf erst spät zur Eheschließung gelangt, hat erst spät die Möglichkeit zur Heirat. So auch die, die da selbst heute noch Aussicht haben auf eine Selbstständigkeit. Bei den Vätern, Fleischern, Schneidern und Schuhmachern sind von den 20- bis 30-jährigen Gefellen z. B. nur 28 bis 40 Prozent verheiratet, weil sie noch die Möglichkeit einer Selbstständigkeit erhoffen. Dagegen sind von den Fabrikarbeitern dieser Altersgruppe bereits 60 Prozent verheiratet.

Auch die Frauarbeit spielt bei den Eheschließungen eine große Rolle. Wenn auch nicht immer die Arbeit besteht, die Frau ständig mitarbeiten zu lassen, so ist doch durch die Arbeit der Frau die Aussicht vorhanden, zu einer Wohnungseinrichtung zu kommen. Auch wirkt das Bewußtsein, die Frau als fähig zur gewerblichen Arbeit zu wissen, oft trotz der sozialen Schwierigkeiten ermunternd zur Heirat. Dr. Wagner meint, daß in dieser Zeit der steigenden Heiratslust die Heiratsfähigkeit im Alter von 23 bis 28 Jahren bereits wieder abnimmt. Er meint, „daß die junge Generation mehr mit rationalen Erwägungen an die Ehe herantritt“. Aber diese „rationalen Erwägungen“ sind meist soziale. Erst bauen sich die Wögel ihr Nest! Gestaltet darum das soziale Leben so, daß die Heirat den jungen Menschen möglich wird! Bedürfnispolitik läßt sich nur aus dem Sozialen betrachten. Und statt der Sorge um Massenurburten sollte man daran denken, daß allen heiratsfähigen Menschen durch soziale Gestaltung der Lebensverhältnisse ein menschenwürdiges Familienleben möglich ist.

# Das Vergessen

Wir wollen wissen und wir streben danach, zu erkennen und teilzuhaben an großen Bildungsgütern der Welt. Und wir möchten in unserem Gedächtnis so gern alles behalten, das wir lernten, von dem wir gelebt haben. Wir möchten wachsen an Geist und alles verstanden umfassen. Und doch möchten Menschen so oft auch vergessenen. Und Vergessen ist so manchmal ein selbendes Bedürfnis und ein Stück seines tieferen Reifebegriffes.

Die alten Germanen hatten den Reicher zum Symbol des Vergessens gemacht. Da zog er seinen Weg durch die Lüfte. Ferner und ferner wurde sein Flug, und dann war er dem Blick entwichen, und er lag mit seinen Fittichen das Schweben der Menschen nach Vergessen fort.

Aus solchen Symbolen können wir die künstlerische Seite auch des schlichtesten Menschen erkennen: Groß ist sein Sinn, und aus tiefsten Tiefen quillt sein Wissen. Und selbst sein Vergessen bindet er mit dem Schöpferischen. In die Ferne des Unerreichbaren geht der Reicher ruhiger Flug, und mit ihm geht des Menschen Vergessen ins Ferne. Letzte. Und im Unerforschlichen und Unendlichen löst es sich auf, da im Erhabenen, aus dem sich wieder neue schöpferische Größe künden.

Laß dein Leid darum hinweggetragen werden ins Ferne! Weite dein Herz! Vergiß alles Kleinliche und alles so Kleine! Wie wichtig ergehen da so manches, das Menschen trennte, und wie verblödete es nachher im Lichte des anderen Tages!

Gönne dir eine Stunde deines Vergessens! Des Vergessens dessen, das dich in deiner Größe und in deiner Aufgabe zum Leben hemmt! Und in deiner Pflicht zur brüderlichen Gemeinshaft, die allein diese neue Gestaltung des Lebens erzwingt.

Sei Mensch und sei groß! Laß dein Schweben, das du nach Weite und nach Ferne hast, auch dein Vergessen tragen! Laß du nur Mensch bist und nicht vom Kleinen und vom Gehässigen entwürdiget wirst.

Verne vergesse, daß du dann im Wissen der Mensch bist, der das Wissen erhört und erhebt zum heiligen Dienste am Menschlichen. G. H.

# Vom Heiratsmarkt

Heiratsannoncen unterscheiden sich von Geschäftsinseraten nur durch den Gegenstand. Im übrigen müssen sie genau wie Angebote rein geschäftlicher Natur durch möglichst vorteilhafte Darstellung des Gebotenen zu wirken suchen oder der Phantasie des Kunden lödende Anregung bieten. Zwei Heiratsinzerate, die einer führenden deutsch-schweizerischen Zeitung entnommen sind, gehören sicher zu den originellsten Versuchen dieser Art. Die eine lautet:

„Mutter-Kuttrag.

Für Tochter, sehr hübsch, feinsinnig und lebenswürdig, mit besserer Kinderstube, sehr vermögend, Haus- und Willensbestiherin, welche früher der König bewohnte usw., suche ich geeigneten Lebensgefährten.“

Hier wird wirklich etwas Einzigartiges geboten! Eine Haus- und Willensbestiherin, welche früher der König bewohnte, erscheint nicht alle Tage auf dem Heiratsmarkt. Welche Gelegenheit für unentgeltlich königstreue Männer.

Das zweite Inserat führt dramatisch pathend ins Secmännische:

„Heirat.

E. D. E.  
Unbemante, elegante Jagd irrt ziellos im Lebensozean herum. Welcher hübsche Steueremann vermag sie zielficher in den rettenden Hafen der Ehe zu steuern?“

Dringender kann man es nicht machen. Hoffentlich fängt die elegante Jagd nicht vergebens und kann recht bald den ersehnten hübschen Steueremann an Bord nehmen, ohne daß er erst gemüht fragt: „Wie steht es mit der Ladung?“

W. M. im „R. Z.“

## Aus den Zahlstellen

**Bremen, Am 1. Januar** haben sich hier die Ortsvereine der vier graphischen Verbände zu einer festen Arbeitsgemeinschaft nach den Richtlinien des Graphischen Bundes zusammengeschlossen. Das neue graphische Kartell in Bremen nennt sich Graphischer Bund, Ortsgruppe Bremen, und hat sich die Satzungen des Graphischen Bundes zu eigen gemacht. Den Vorsitz führt Kollege Heinrich Böckeler in Bremen, Kornstraße 112, II, an den alle Zukunftsfragen zu richten sind, die auf das Graphische Kartell Bezug haben.

**Hannover, Generalversammlung am 18. Februar 1930.** Zunächst ehrte in üblicher Weise die Versammlung das Andenken der im Berichtsjahr gestorbenen Mitglieder. Zu gleicher Zeit konnten auch zwei Jubilare in der Versammlung begrüßt werden. Von einer besonderen Ehrung wurde Abstand genommen, da im Laufe des Jahres mit noch einigen Jubilaren eine kleine Feier veranstaltet werden soll. Sodann gab Kollege Busje den Kassenbericht, Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse vom vierten Quartal 1929/30 M. Einnahme der Ortskasse 15 688,51 M. Ausgabe 3335,64 M., so daß ein Kassenbestand von 12 329,87 M. am 1. Januar 1930 zu verzeichnen war. Mitgliederbestand am 1. Januar 1930 339 männliche und 671 weibliche, zusammen 1010 Mitglieder. Zum Geschäftsbericht ging Kollege Spatuhl von den augenblicklichen Tarifverhandlungen aus. Er schilderte im einzelnen die Forderungen der Organisation und ging auch auf die von Unternehmerseite gestellten Anträge ein. Sodann schilderte der Redner die Bewegung am Ort und führte im allgemeinen aus, daß in organisatorischer Beziehung gute Erfolge zu verzeichnen seien. So sei es z. B. gelungen, im Anfang des Geschäftsjahres bei der Firma Kuhlmann etwa 30 Mitglieder aufzunehmen, ebenso die Einzelgerinnen des „Hannoverschen Anzeigers“ zu organisieren. Während diese durch ihre Organisation zu festen Tarifverhältnissen gekommen sind, sind jene im Laufe des Jahres leider wieder ausgeschieden. Die Mitgliederzahl ist im allgemeinen stabil geblieben. In Anbetracht der guten Kassenverhältnisse hier am Orte konnte auch in diesem Jahr für die Invaliden, Kranken und Arbeitslosen eine Weihnachtsunterstützung in der Höhe wie im Vorjahre gewährt werden. Die Zahl der Invaliden im Reich beträgt 155, davon entfallen auf Hannover sechs Invaliden. Durch Verlegung des Kollegen Joseph Wambacher mußte die Stelle des Ortskassierers neu besetzt werden. Durch Abwahl wurde der Kollege Busje gewählt. Ebenso mußte die Stelle des verantwortlichen Kollegen Albert Luft, Bielefeld, neu besetzt werden, wofür der Kollege Spatuhl, der aus dem Gau 9 hervorgegangen ist, gewählt wurde. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Mit Ausnahme des Kollegen Guard Bartels, der als Invalide aus dem Vorstand scheidet, sowohl wie für Kollege Joseph Wambacher, der als Gauleiter nach Erfurt versetzt wurde, mußte Ersatz gewählt werden. Auf Antrag des Kollegen Wiehediß wurde beschloffen, den gesamten Vorstand durch Zurück neu vorzuschlagen. Die Abstimmung ergab die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Neu gewählt wurden die Kollegen Otto Jochen und Karl Wiehediß. Im vierten Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag des Vorstandes auf eine Einheitsabgabe von der Versammlung angenommen. Weiter gab Kollege Spatuhl einen Bericht von der Gauleiterkonferenz in Berlin. In der die Fragen des Reichstarfs besprochen wurden. Redner schloß mit dem Wunsche, daß trotz der Anträge der Unternehmer es der Kommission gelingen würde, unsere Anträge zum Besten der Mitglieder durchzubringen. Im Berichtedenen wurde beschloffen, in der nächsten Versammlung einen Lichtbildvortrag stattfinden zu lassen.

**Münberg-Güth, In der Generalversammlung am 11. März** erstattete Kollege Struweis den Geschäftsbericht für das Jahr 1929, dem wir nachfolgende Ausführungen entnehmen. Wenn schon im Jahre 1928 die Arbeitslosigkeit eine bis dahin unbekannte Höhe erreichte, so ist sie im Berichtsjahre noch weiter angelegien. So liegt die Zahl der Arbeitslosen im Dezember 1929 auf 184 Personen; dazu kamen noch 257 männliche und weibliche Kurzarbeiter. Zu Beginn des Vorjahres hielt die Lohnbewegung im Buchdruck die Gemüter in Aufregung. Das magere Ergebnis rief bei der Kollegenschaft große Aufregung hervor, wenn man berücksichtigt, daß damals noch ein leidlich guter Geschäftsgang herrschte. Beim Ablauf des Steindruckjahres wollten wir mit den Buchbindern gemeinsam vorgehen, was sich jedoch wegen des unterschiedlichen Ablauftermins leider nicht ermöglichen ließ. Die freien Verhandlungen mit den Steindruckunternehmern verliefen ergebnislos, und erst durch einen Spruch des Landesrichters wurde eine Zulage von 2 M. in der Spitze erreicht. Auch der Kampf um die überzählige Bezahlung mußte weitergeführt werden. Mehrere Steindruckfirmen wollten die neuen Zulagen nicht bezahlen, und es bedurfte erst mehrmaliger Verhandlungen, um sie an die tarifliche Ordnung zu gewöhnen. Wegen der verschiedensten Anlässe machten sich Unterhandlungen im Buch- und Steindruck nötig, wozu noch die Vertretung der Mitglieder vor dem Arbeitsgericht kam. Die Beteiligung an den geselligen Veranstaltungen hätte besser sein können. Eine große Anzahl von Geschäftsversammlungen und Sitzungen aller Art diente der Agitation und zur Erledigung von Betriebsangelegenheiten. Die Tätigkeit des Gauleiters erstreckte sich auf alle nordbayerischen Zahlstellen, die über alle Vorgänge durch Versammlungen und Rundschreiben an dem kassierenden gehalten wurden. Der Mitgliedsbestand im Gau konnte auf dem früheren Stande gehalten werden, doch haben wir am Orte einen kleinen Verlust zu verzeichnen, was in Anbetracht des schlechtesten Geschäftsganges nicht verwunderlich ist. Durch erhöhte Agitation wird auch dieser Verlust wieder wettgemacht. Der Kassenbericht für das Jahr 1929 weist an Einnahmen der Hauptkasse 39 049 M. auf. Für Unterhaltungen aller Art wurden 10 120 M. ausgegeben. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 13 296 M., bei einem Kassenbestand von 12 046 M. am Jahresabschluss. Der Quittantenbestand beträgt zu männliche und sechs weibliche Kollegen. 81 Mitglieder haben wir 226 männliche und 987 weibliche Personen zu verzeichnen. In der Aussprache wurde die Anregung gemacht, in Zukunft einen gebrauchten Jahresbericht zur Verteilung zu bringen. Über die Lage im Buchdruck konnten noch keine Mitteilungen gemacht werden, nur aus den Änderungen des Geschäftstaris lassen sich auf ein nur gewisse Schlüsse ziehen. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung ergab sich keine wesentliche Veränderung. In einem Schlusswort rief die Kollegin Redding die Zeit der Gründung unserer

Zahlstelle vor 25 Jahren in das Gedächtnis zurück. Sie verglich die damalige kleine Zahl von Mitgliedern sowie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der heutigen Lage. Vieles hat sich in dem Vierteljahrhundert geändert und gebessert. Schwere Kämpfe mußten im Steindruck geführt werden, und auch im Buchdruck kostete es viele Mühe und Arbeit, um den im Jahre 1907 geschaffenen Allgemeinen Bestimmungen Eingang zu verschaffen. Ist auch die allgemeine Lage im graphischen Gewerbe nicht befriedigend, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß wir ein gutes Stück vorwärts gekommen sind und manches Kraft des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses verwirklicht finden, was wir bei der Gründung als fernes Ideal und Zukunftsschöpfen betrachteten. Wo noch ein Rest von Teilnahmslosigkeit an uns haftet, muß er abgelegt werden. Die Erhaltung und der weitere Ausbau der Tarife soll unsere nächste Aufgabe sein. Weg mit der Gleichgültigkeit, die sich noch immer schwer an dem einzelnen wie an der Gesamtheit gerächt hat. Mit dem Danke an die Mitglieder und Vertrauenspersonen für ihre Mitarbeit fand die Generalversammlung ihren Abschluß.

**Wuppertal, In der Generalversammlung am 27. Februar** machte der Vorsitzende, Kollege Weber, darauf aufmerksam, daß infolge der Verschmelzung der beiden Städte Oberfeld und Barmen der Name unserer Zahlstelle in Zukunft Wuppertal heißen wird. Sodann besprach er die Durchführung der in Kürze vorzunehmenden Betriebsratswahlen unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der „Solidarität“ und führte den Mitgliedern die Gefahren vor Augen, die besonders durch Nichtbeachtung des Wahlreglements heraufbeschworen werden. Die Folgen zeigen sich in der Regel erst dann, wenn Klagen vor den Arbeitsgerichten ausgesprochen werden müssen. Insbesondere warnte er vor der leider vielfach beobachteten Wahlmüdigkeit und ermahnte die Anwesenden, besonders die Funktionäre, sich bei der Durchführung der Wahlen nicht abseits zu stellen, sondern aktiver wie bisher zu sein und so in Gemeinschaft mit den Gehilfen die Betriebsvertretungen für das kommende Geschäftsjahr auf sichere Grundlage zu stellen. In Bezug der Tagesordnung gab er Johann den Jahresbericht. Die Mitgliedschaft ersah daraus, daß das vergangene Jahr dem Vorstand eine Fülle von Arbeit gebracht hat, deren Bewältigung an die einzelnen Kollegen große Anforderungen stellte. Die geleistete Arbeit hier in Einzelheiten aufzuführen erscheint überflüssig. Gesagt muß aber werden, daß diese Arbeit im Interesse der Mitglieder gern und willig geleistet worden ist. Den Mitgliedern, besonders den Funktionären, für ihre Mitarbeit den Dank der Organisation auszusprechen und für die Zukunft ein gleiches kollegiales Zusammenarbeiten wünschend, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Daraufhin erhielt der Kassierer, Kollege Leuser, das Wort zu seinem Jahreskassenbericht. Den Stand der Mitglieder und die Belange der Kasse in den einzelnen Jahresabschnitten den Anwesenden vor Augen führend, gelangte er in seinen Schlussbetrachtungen zu der erfreulichen Feststellung, daß sich der Mitgliederbestand am Ende des Jahres trotz der schlechten Wirtschaftslage und der damit einhergehenden Rationalisierung nicht nur nicht gehalten, sondern sich noch vergrößert habe. In Hand der von der Gauleitung durchgeführten Statistik über die Stärke der einzelnen Belegschaften sei es uns aber auch weiterhin möglich, noch manche Arbeitsstellen für uns als Kameraden zu gewinnen. Es möge jeder dazu beitragen. Mit diesem Wunsche schloß er seinen Bericht. Auf Antrag der Kassieren wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Sodann schritt der Leiter der Versammlung, Kollege Vötter, zur Erledigung der Vorstandswahlen. Auf Wunsch der Versammlung bleibt der alte Vorstand in bisheriger Zusammenfassung im Amt. Der Kollege Hermann Loken wurde als dritter Revisor hinzuge wählt. Mit der schnellen Erledigung dieses nicht unwichtigen Punktes der Tagesordnung hat wohl die Kollegenschaft ihre Zufriedenheit mit der bisherigen Geschäftsführung des Gesamtvorstandes ausgedrückt. Der Leiter der Versammlung dankte der Kollegenschaft für das erneut in den Vorstand gesetzte Vertrauen. Der Führer des Gau 1, Kollege Heimann, der in unserer Zahlstelle ein gern gesehener Gast ist, nahm dann zu seinem Vortrag das Wort, und zwar behandelte er das Thema: „Die derzeitigen wirtschaftlichen, organisatorischen und tariflichen Verhältnisse im Gewerbe.“ Das Gesagte hier wiederzugeben, ist wohl nicht gut möglich. Zusammenfassend muß aber gesagt werden, daß er es, wie immer, meisterhaft verstand, die Zuhörer in seinen Bann zu ziehen. Die Kollegenschaft war ganz Ohr. Die gegenwärtige tarifliche Situation besonders beleuchtend, fehlten ihm nicht die Worte, auf die Gefahren hinzuweisen, welche heraufbeschworen würden, wenn die Abbaugesetze der Unternehmer zur Tatsache werden sollten. Daß er mit seinen Worten die Gedanken der Anwesenden treffend wiedergab, und es nicht notwendig war, ein künstliches Feuerzeug zu führen (nach Meinung einiger Prinzipale sollen es Reklamantisch nur Gewerkschaftsvertreter sein, die tarifliche Verbesserungen fordern), bewies die Diskusion und eine aus der Versammlung eingebrachte und einstimmig angenommene Resolution, die einen weiteren Ausbau des Reichstarfs im Sinne unserer allen bekannten Forderungen verlangt.

## Rundschau

**Gertrud Dobahl gestorben.** Am 17. März hat die Genossin Dobahl, die Frau unseres Verbandskassierers, nach langem, schwerem Leben die Augen für immer geschlossen. Gertrud Dobahl gehörte zu den Pionieren der gewerkschaftlichen Frauenbewegung, der sie bis zu ihrem Lebensende mit ganzer Kraft diente. Sie war Mitglied im Verein der Angelerinnen an Buch- und Steindruckmaschinen, der ersten gewerkschaftlichen Frauenorganisation, die später in unsern Verband aufging. Immer als befähigte Funktionärin im Verbandsamt tätig, widmete sie sich nach ihrem Austritt aus dem Berufsleben der Genossenschaftsbewegung. Dem Aufsichtsrat der Berliner Konsumgenossenschaft gehörte sie bis zu ihrem vorzeitigen Tode an und hat dort als Frau vorbildlich für die Konsuminteressen ihrer Geschlechtsgenossinnen und in der Wohlfahrtspflege der Genossenschaft gewirkt. Unsern älteren Mitgliedern ist sie als Mitarbeiterin an unserer Verbandszeitung wohl bekannt. Nach dem Kriege wurde sie vom Wahlkreis Wöfen in die Nationalversammlung gewählt und trat dort mehrfach als Rednerin für Frauenfragen hervor. Auch ist die sehr befähigte Frau, die immer in vordere Reihe für das Proletariat wirkte und kämpfte, von uns gegangen; wir stehen trauernd an ihrer

Wahre. Ihr Andenken können wir am besten ehren, wenn wir, und hauptsächlich die Kolleginnen, in ihrem Sinne weiter unermüdet tätig sind.

**Hausbesitzer eigener Art.** Ein Mitglied des Allgemeinen Konsumvereins für Chemnitz und Umgegend wollte aus der Genossenschaft austreten mit der Begründung, daß sein Hauswirt, ein Bäckermeister, ihn wie die anderen Mieter zwingen, seinen Bedarf für ihm zu decken, so daß die weitere Mitgliedschaft keinen Zweck mehr habe. Es war nicht schwierig, dem Manne begreiflich zu machen, daß er sich diesem Terror nicht zu fügen brauche. Kein Hauswirt hat natürlich das geringste Recht, einem Mieter in die Bedarfsdeckung hineinzureden. — In einer anderen Stadt, bekannt durch die „Sänger der Finsterwalde“, hat jemand eine Wohnung zu vermieten, die nicht der Höhe des Mietsamts untersteht. Also schreibt der Hausbesitzer jene „kleine Dreizimmerwohnung“ in einer Zeitung aus. Aber Bewerber dürfen nicht Mitglied des Konsumvereins sein“, fügte er hinzu, um sich zu — kennzeichnen.

**Fahrgeld sparen**



**fahren**

kleinste Wochen- oder Monatsraten

**LINDCAR-FAHRRADWERK**

Berlin · Lichtentrad

Unternehmen d. Gewerkschaften

28 Groß-Niederlagen

Auskunft und Bestellungen durch alle Ortsausschüsse des ADGB.

**Gau Leipzig**

Unsere diesjährige

**Jahres-Hauptversammlung**

findet statt am **Dienstag, dem 7. April 1930**, nach Geschäfts-schluß, im **großen Schloßkeller**.

**Tagesordnung:** 1. Berichte: a) des Vorsitzenden; b) des Kassierers; c) der Revisoren; d) der Kartellbelegten. 2. Aussprache hierzu. 3. Anträge. 4. Wahl des Gauvorstandes und der Revisoren.

Kolleginnen und Kollegen! In dieser Versammlung muß der Gauvorstand Rechenschaft über seine Tätigkeit im vergangenen Jahr der Mitgliedschaft gegenüber ablegen. Es ist deshalb Pflicht jedes einzelnen, zu erscheinen!

**Zutritt nur gegen ordnungsgemäßes Mitgliedsbuch!**

Anträge zur Jahreshauptversammlung müssen bis **Montag, dem 24. März 1930**, im **Gaubüro** abgegeben sein.

**Später eingehende Eingebungen können unter keinen Umständen berücksichtigt werden.**

**Der Gauvorstand.**

Am 12. Februar verstarb plötzlich und unerwartet durch Herzschlag unser langjähriges Mitglied, der Invalide

**Ernst Juchs**

Die Mitgliedschaft wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die Zahlstelle Magdeburg.

Inserer lieben Kollegin **Elise Weinbrecht**, in der Firma Braun & Co., und ihrem Gemahl zu ihrer Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. — Inserer lieben Kollegin **Friederike Bager**, in der Firma „Druckerei Volkstein“ zu ihrem 25-jährigem Geschäftsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Karlsruhe.

Inserer lieben Kollegin **Henni Sütter** und Gatten **Fritz Kalkenbach** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Wuppertal.

Für die Woche vom 16. bis 22. März ist die Beitragsmarke in das 12. Feld des Mitgliedsbuches ober der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: **S. G. H. U. L. E.** Charlottenburg, Dierckeplatz 10. Herausg. im Auftr. d. Verbandsleitung. — Vertag: **S. U. L. O. B.** Charlottenburg. — Druck: Buchdruckwerkstätte G. m. b. H. Berlin SW 61, Dreilindenstraße 8.